F 003
Lfd.-Nr. 1016

DGB-Bundesjugendausschuss

Kein Personalabbau in der Polizei und im öffentlichen Dienst

Der DGB-Bundesvorstand setzt sich dafür ein, dass der Personalabbau in der Polizei und im öffentlich Dienst gestoppt und der Personalbedarf ausschließlich auf der Grundlage objektiver Kriterien ermittelt wird. Maßgeblich bei der Ermittlung sind die tatsächlichen Belastungsfaktoren, wie die Einsatz- und Kriminalitätsbelastung, das Verkehrsunfallgeschehen, sowie regionale Besonderheiten, wie zum Beispiel Außengrenzen, Transitstrecken, Flächenkriterien und Bevölkerungsdichte. Außerdem sind bei der Berechnung spezifische Faktoren in die Bedarfsermittlung einzubeziehen, wie zum Beispiel Mutterschutz- und Elternzeiten sowie angesammelte Überstunden.

Beschluss des DGB-Bundeskongresses:
Annahme als Material zu Antrag F 001